

## Geleitwort

Auch wenn das Konzept der Informationsfunktion von Jahresabschlüssen bereits viel länger diskutiert wird als der Begriff Corporate Governance Verwendung findet, so dürfte doch Einigkeit bestehen, dass Jahresabschlüsse das wesentliche Element eines funktionierenden Corporate Governance Systems darstellen. Unabhängig von ihrer Rechtstellung benötigen Kapitalgeber nämlich Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens, dem sie Finanzmittel zur Verfügung gestellt haben oder zur Verfügung zu stellen wollen. Diese Informationsnotwendigkeit ergibt sich unter anderem, um eventuell bestehende Kontroll- und Mitspracherechte auszuüben, die angemessene Vergütung des eingesetzten Kapitals in Form von Zinsen, Dividenden oder Kurssteigerungen zu überwachen oder um gegebenenfalls eine vollständige Kapitalrückgewährung sicherzustellen.

Besonders deutlich tritt dieses Problem hervor, wenn man Eigenkapitalgeber betrachtet, die anonym am Kapitalmarkt investieren. Formal erfolgt zwar ein Erwerb von Anteilsrechten an Einzelgesellschaften, diese stellen jedoch regelmäßig Muttergesellschaften von Konzernen dar. Damit treten die beiden Grundprobleme, die den Bedarf nach Corporate Governance begründen, in Reinkultur auf: Die Separation von Eigentum, das den Eigenkapitalgebern zusteht und Verfügungsgewalt, die einem angestellten Management übertragen wird sowie das Bestehen von Informationsasymmetrie zwischen Investoren und Management. Vor diesem Hintergrund wird bereits früh in der Geschichte von Kapitalgesellschaften eine Informationspflicht, zum Beispiel in Form von Rechnungslegung, eingeführt, um das Funktionieren von Kapitalmärkten zu unterstützen. Normgeber und Standardsetzer arbeiten folglich daran, mittels geeigneter Rechnungslegungsvorschriften eine möglichst gute Informationsversorgung sicherzustellen. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass im Prozess der Finanzberichterstattung verschiedene Beeinträchtigungen der Informationsfunktion auftreten können.

Michael Ebert systematisiert und analysiert diese Beeinträchtigungen mittels eines aus den Kognitionswissenschaften entlehnten Sender-Empfänger-Modells. Das bilanzierende Unternehmen als Sender vermag durch Bilanzpolitik den Informationsgehalt eines Jahresabschlusses zu beeinflussen. Darüber hinaus determinieren auch die Standards selber die Informationsgüte. Besonders hervorzuheben ist aber die Rolle des Empfängers, der ein

großer Raum eingeräumt wird. Kognitive Imperfekteiten können dazu führen, dass der Bilanzleser die im Jahresabschluss kodiert enthaltenen Informationen nicht vollständig nutzbar machen kann. Insofern kann es selbst bei Abwesenheit von Bilanzpolitik und dem Vorliegen perfekter Rechnungslegungsstandards zu Dysfunktionalitäten kommen.

Michael Ebert widmet jeder der drei Komponenten des Sender-Empfänger-Modells eine eigene Analyse und greift dabei auf ein Portfolio von Methoden, das von analytisch-theoretischen Modellen bis zur experimentellen Studie reicht, zurück. Damit gelingt ihm einen umfassender Überblick von Informationsbeeinträchtigungen, der kenntnisreich und prägnant vermittelt wird. Michael Ebert leistet damit einen hochrelevanten und aktuellen Beitrag zur betriebswirtschaftlichen Betrachtung von Corporate Governance und der besonderen Bedeutung der Finanzberichterstattung im Governance System.

Prof. Dr. Dirk Simons